

Zimmermann, Klaus F.

**Article**

## Für den Euro: sparen, sanieren, exportieren: Kommentar

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Zimmermann, Klaus F. (2010) : Für den Euro: sparen, sanieren, exportieren: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 19, pp. 16-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151955>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Schüssler 2008

## Für den Euro: Sparen, sanieren, exportieren

von Klaus F. Zimmermann \*

Sparen, sanieren, exportieren – diese Vokabeln drohten nach der Wirtschaftskrise 2008/2009

zu Unworten zu werden. Voodoo-Ökonomen setzten auf immer größere Staatsdefizite und ungehemmten privaten Konsum. Öffentlichkeit und Politik ließen sich anstecken. Selbst massive Steuersenkungen schienen denkbar. Rechtzeitig eine konsequente Stabilisierung der Staatshaushalte und den Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen zu planen, wurde verpasst. Griechenland wurde gar empfohlen, seine Defizite auszuweiten. Die Finanzmärkte blieben dabei weitgehend unreguliert – trotz aller Absichtserklärungen.

Das alles rächt sich jetzt, da die Marktgesetze wieder ihre Rechte fordern. Die internationale Spekulation deckt erbarmslos wirtschaftliche Schwächen auf und überhöht sie, um damit Geld zu verdienen. Auch nach der massiven Intervention von IWF und EU für Griechenland kann niemand mehr glauben, dass es ohne ein konsequentes Schuldenmoratorium gehen wird. Portugal und Spanien können jederzeit folgen. Über Nacht steht so sogar der Euro auf dem Spiel.

Dabei hat man es besser gewusst. Schon bei der Planung der Konjunkturprogramme im Dezember 2008 wurde diskutiert, wie infolge von Exzessen bei der öffentlichen Verschuldung die Finanzierungskosten explodieren und ganze Staaten insolvent werden können.

Schon lange vor der Bundestagswahl hatte ich deshalb die Bekämpfung der krisenbe-

dingt ausufernden Staatsverschuldung zur wichtigsten Priorität jeder neuen Regierung erklärt und vor den Schatten einer aufkommenden Inflation gewarnt. Als Signal sollte die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent angehoben werden.

Die deutsche Budgetsanierung ist mit der neuen Krise des Euro noch wichtiger geworden. Denn entscheidend für die Zukunft der Währung ist jetzt nicht, dass Griechenland, Portugal und Spanien sparen. Entscheidend ist, dass dies die großen Kernstaaten des Euro tun, Deutschland allemal voran. Offensichtlich wird auf den Finanzmärkten geglaubt, dass die öffentliche Verschuldung in der Euro-Zone nicht zu bewältigen ist. Es kommt deshalb darauf an, hier Vertrauen zurückzugewinnen. Es bedarf einer glaubwürdigen Revitalisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und überzeugender Sanierungsmaßnahmen.

Sparen für den Euro, heißt deshalb auch eine rasche Stabilisierung der deutschen Staatshaushalte. Das geht durch Anhebungen der Mehrwertsteuer und der vermögensbezogenen Steuern. Und durch Subventionsabbau etwa bei der Pendlerpauschale und den Steuerbefreiungen von Nacht- und Wochenendzuschlägen. Erleichtert wird dies dadurch, dass der kriselnde Euro den Export und damit die Konjunktur stärkt.

Wir müssen uns also jetzt wieder auf das konzentrieren, was uns stark gemacht hat: Sparen, sanieren, exportieren. Sonst verlieren wir in dieser Krise.

\* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Lektorat**

Dr. Erika Schulz

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.